



Foto: © alonaphoto/stock.adobe.com

Forschungsergebnisse

**Wie ärmere Haushalte
Stromkosten sparen**

Schwerpunkt M&A

**Deutscher M&A-Index
startet verhalten ins
neue Jahr**

Interview

**Energieembargo gegen
Russland**

Krieg in der Ukraine: Geflüchtete brauchen schnell psychologische Hilfe

Millionen Menschen fliehen bisher vor Krieg und Gewalt aus der Ukraine, allen voran Frauen und Kinder. Sie haben Unvorstellbares im Krieg und auf der Flucht erlebt, deswegen benötigen sie neben medizinischer auch psychologische Hilfe nach der Aufnahme in Deutschland. ZEW-Forschende haben hierfür eine Übersicht auf Basis von Google Maps bereitgestellt, um schnell einen bestmöglichen Zugang zu psychologischer Betreuung zu ermöglichen.

Die genaue Anzahl an Geflüchteten aus der Ukraine sowie die Zahl derer, die psychologische Betreuung brauchen, ist derzeit noch ungewiss. Aus internationalen und deutschen Studien zur Krankheitshäufigkeit unter Geflüchteten geht aber hervor, dass der Bedarf an psychologischer Versorgung nach einer Flucht selten unter 30 Prozent liegt. Aus der Erfahrung mit bereits in Europa lebenden Geflüchteten ist bekannt, dass der Bedarf nach

Gesundheitsleistungen vor allem im ersten Jahr nach der Ankunft sehr hoch ist. Eine schnelle Reaktion und Behandlung sind daher nötig. Indes ist die psychologische Betreuung für Geflüchtete in Europa oft schlecht organisiert. Derzeit beraten niedergelassene Ärzte/-innen mit dem Bundesministerium für Gesundheit, wie eine flächendeckende medizinische und psychologische Versorgung organisiert und finanziert werden kann.

Mit Blick auf die Verständigung ergibt sich eine nicht zu unterschätzende Sprachbarriere: Während bei der Behandlung von körperlichen Erkrankungen die Verständigung zum Beispiel über Dolmetscher/-innen möglich ist, stellt die vertrauensvolle Verständigung bei Psychotherapeuten/-innen eine Herausforderung für alle Beteiligten dar.

Von den 17 Kassenärztlichen Vereinigungen in Deutschland, in denen die meisten Praxen organisiert sind, bieten 16 (alle

ÜBERSICHT PSYCHOTHERAPEUTISCHER PRAXEN MIT SPRACHKENNTNISSEN



außer Thüringen) eine Suche nach vorhandenen Sprachkenntnissen an. Da diese Informationen nur mühsam erreichbar sind,

haben die ZEW-Ökonomen/-innen eine leicht zugängliche und vereinfachte Übersicht aller Psychotherapeuten/-innen mit ukrainischen oder russischen Sprachkenntnissen in Kartenform aufbereitet. Neben dem direkten Nutzen für die vertriebenen Menschen gibt die Darstellung eine Übersicht der regionalen Verteilung nach den angegebenen Sprachkenntnissen.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen listen insgesamt 659 psychotherapeutische Praxen mit entsprechenden Sprachkenntnissen. Am häufigsten gibt es sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 48 Praxen je einer Million Einwohner/innen, am seltensten in Bayern mit nur einer Praxis je einer Million Einwohner/innen.

Neben vielen anderen Gründen spricht auch die Versorgung mit Psychotherapeuten/-innen dafür, die aus der Ukraine Geflüchteten in ganz Deutschland zu verteilen. Eine bessere Verteilung wird zwar nicht den ohnehin bestehenden Mangel an Therapieplätzen umgehen können, aber die Chance auf eine bestmögliche Behandlung ließe sich so erhöhen.

Zur Übersicht der Praxen unter: https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1rskrjh_rV8h3ESh8YFh9HFMvQGd2a-N8&ll=51.114700691685954%2C10.54515109999997&z=6

Weitere Informationen unter: https://github.com/simonreif/ukrainian_psy_DE

Dr. Simon Reif, simon.reif@zew.de
Sabrina Schubert, sabrina.schubert@zew.de

ZEW-Umfrage: Sanktionen wirken

Auf den Angriff Russlands auf die Ukraine haben die Europäische Union und Deutschland mit umfangreichen Sanktionen reagiert. Nach Einschätzung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten/-innen dürften die Maßnahmen gegen die russische Zentralbank und der Ausschluss russischer Banken vom SWIFT-Zahlungssystem die russische Wirtschaft voraussichtlich am stärksten treffen. Die Rückwirkungen dieser Maßnahmen auf die Wirtschaft Deutschlands und des Euroraums werden als begrenzt eingeschätzt.

91 Prozent der Umfrageteilnehmer/innen erwarten durch die Maßnahmen wirtschaftliche Schäden für die russische Wirtschaft; 40 Prozent gehen dabei sogar von einem großen Schaden aus. 88 Prozent der Befragten sehen vor allem durch den SWIFT-Ausschluss russischer Banken einen wirtschaftlichen Schaden. Aber auch dem politischen Druck auf westliche Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen mit russischen Firmen zu beenden, wird eine bedeutende Rolle zugeschrieben: 81 Prozent der Teilnehmenden bewerten diese Maßnahme insgesamt als für Russland schädigend. Dagegen rechnen sie beim Einfrieren des Auslandsvermögens russischer Oligarchen mit eher geringen wirtschaftlichen Auswirkungen: Mit 43 Prozent erwarten weniger als die Hälfte der Befragten dadurch einen Schaden.

Laut Umfrage dürften sich die wirtschaftlichen Negativfolgen für Deutschland und die Eurozone in Grenzen halten. Die voraussichtlich schädlichste Maßnahme für die deutsche Wirtschaft

ist der politische Druck auf westliche Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen mit russischen Firmen abzubrechen. Zwar befürchten 62 Prozent der Teilnehmenden hierbei einen Schaden für die eigene Konjunktur, aber die Auswirkungen der drei anderen Maßnahmen auf die deutsche Wirtschaft schätzen sie als gering ein. Nur 35 Prozent der Befragten rechnen mit einem Schaden durch den Ausschluss russischer Banken aus SWIFT und lediglich 20 Prozent durch Maßnahmen gegen die russische Zentralbank. Durch das Einfrieren des Auslandsvermögens russischer Oligarchen erwarten gerade einmal 11 Prozent eine negative Rückwirkung.

Die Auswirkungen auf die Wirtschaft des Euroraums bewerten die Experten/-innen ähnlich. Die Mehrheit von 79 Prozent rechnet als Folge der Sanktionen hauptsächlich mit in einer steigenden Inflation im Euroraum. Auf die gesamtwirtschaftliche Leistung sollten sich die Sanktionen hingegen gemäßigt auswirken: 74 Prozent der Teilnehmenden gehen von einem moderaten Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum aus. Zudem erwarten die Experten/-innen nicht, dass die EZB ihre geplante Geldpolitik anpasst: 60 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Sanktionen keine Auswirkungen auf den Hauptrefinanzierungssatz der EZB haben werden.

Zum ZEW-Finanzmarkttest: www.zew.de/PU83268

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de
Thibault Cézanne, thibault.cezanne@zew.de

100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr: Ende des deutschen Schwarzfahrens

Der Ukraine-Krieg hat eine Zeitenwende in Berlin ausgelöst – das gilt auch für die Verteidigungspolitik. Mit Milliarden-Investitionen will Bundeskanzler Olaf Scholz die Bundeswehr wieder fit machen. Doch der Ansatz, die Streitkräfte im Rahmen eines Sondervermögens – und damit am Haushalt vorbei – zu finanzieren, ist fragwürdig.

Donald Trump hat die Europäer/innen in seiner Amtszeit mit vielen ungerechtfertigten Attacken gereizt. Zumindest ein Trumpscher Vorwurf traf jedoch immer ins Schwarze: Deutschland verhält sich seit langem als Trittbrettfahrer am Schutz der Nato. Während die USA knapp vier Prozent ihrer hohen Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben, dümpeln die deutschen Verteidigungsausgaben bislang bei 1,4 Prozent dahin. Die Zwei-Prozent-Marke ist ein im Jahr 2014 vereinbarter Zielwert, auf den sich die Nato-Staaten „zubewegen“ sollen.

Überfällige Modernisierung der Bundeswehr

Der russische Überfall auf die Ukraine hat auf dramatische Weise signalisiert, welche Folgen eine unzureichende Abschreckungskapazität haben kann. Die Bundesregierung hat infolgedessen eine rasche Kehrtwende eingeleitet und eine Modernisierung der Bundeswehr und Erfüllung des Nato-Zieles angekündigt. Zu diesem Zweck soll ein schuldenfinanziertes Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro errichtet werden, aus dem der Bundeswehr in den kommenden Jahren die bislang fehlenden Mittel zufließen sollen. Wie ist dieser Ansatz zu beurteilen?

Das rasche Signal Deutschlands, in Zukunft wieder einen substanzialen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit der Nato zu leisten, ist ein überaus wichtiges Signal im strategischen Verhandlungsspiel mit Russland. Sofern das russische Handeln noch rationalen Kalkülen zugänglich ist, verlieren durch eine leistungsfähigere Nato in Zukunft mögliche russische Aggressionspläne gegen die baltischen Nato-Staaten an Wahrscheinlichkeit. Damit dienen die zusätzlichen Mittel dem Kollektivgut der Friedenssicherung in Europa.

Das jetzt vorgesehene zusätzliche Finanzvolumen des Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ist für einen Zeitraum von etwa vier Jahren in der Höhe angemessen, um damit die deutschen Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent anzuheben. Aktuell fehlen pro Jahr etwa 20 bis 25 Milliarden Euro bis zur Nato-Zielmarke. Noch höhere Summen würden kurzfristig auch wenig Nutzen stiften, weil Beschaffungsvorhaben für komplexe Waffensysteme ohnehin jahrelange Prozesse sind.

Zu kritisieren ist jedoch der vollständige Verzicht auf eine reguläre Haushaltsfinanzierung. Wie für ihre klimapolitischen Ausgaben verfolgt die Bundesregierung nun schon wieder den politisch verlockenden Weg, die Vorgaben der Schuldenbremse durch kreative Buchführung einfach zu umgehen. Selbst wenn dafür extra das Grundgesetz geändert wird, schadet dies der Budgettransparenz und ist für die Verteidigungsausgaben noch weniger zu vertreten als für die Klimaausgaben.

Klimaausgaben stiften einen Nutzen, der sich erst über Jahrzehnte einstellt. Verteidigungsausgaben schaffen unmittelbar in der Gegenwart Sicherheit. Es gibt daher keine überzeugenden Argumente, die Finanzierungsbürde für eine funktionsfähige Bundeswehr auf zukünftige Generationen zu verlagern.

Modernisierung der Bundeswehr: Verengter Blickwinkel auf nationale Belange

Falsch an der neuen Verteidigungsfinanzierung ist außerdem die immer noch viel zu stark nationale Perspektive. Die Verteidigungspolitik der EU-Staaten bleibt hochgradig zersplittert und damit unnötig kostspielig. Eine Vielzahl an unterschiedlichen Waffensystemen und unnötige Parallelstrukturen verursachen immense Kosten, ohne dass dem ein zusätzlicher Nutzen in Form einer höheren Einsatzfähigkeit gegenüber steht. Die Bundesregierung sollte einen Teil der Zusatzmittel besser über den EU-Haushalt in den Aufbau europäischer Streitkräfte stecken. Dies würde nicht nur Kosten sparen, sondern noch dazu dem Rückfall in nationales Trittbrettfahren einen Riegel vorschieben.

Dieser Beitrag ist zuerst bei „Merkur“ erschienen.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de

INHALT

Krieg in der Ukraine: Geflüchtete brauchen schnell psychologische Hilfe.....	1
ZEW-Umfrage: Sanktionen wirken	2
100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr: Ende des deutschen Schwarzfahrens	3
Wie ärmere Haushalte Stromkosten sparen	4
Schwerpunkt M&A Report.....	5

Wege zu einem klugen Gesundheitssystem	8
Nachgefragt: Wie groß ist die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern wirklich?.....	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine.....	11
Interview	12

Wie ärmere Haushalte Stromkosten sparen

Die Preise für Strom und Wärme sind zuletzt stark gestiegen. Dies setzt insbesondere einkommensschwache Haushalte unter Druck, da sie weniger Spielraum haben, um auf die hohen Preise zu reagieren. In vielen Fällen sind die offensichtlichen Einsparmöglichkeiten bereits ausgereizt. Gleichzeitig bleiben lohnende Investitionen in energieeffiziente Haushaltsgeräte ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung in der Regel aus.

Förderprogramme zur Steigerung der Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten sollten daher nicht nur auf die rein finanzielle Unterstützung setzen, sondern das Angebot gezielt mit verhaltensbezogenen Anreizen kombinieren, um einen größtmöglichen Erfolg zu erzielen. Das zeigt ein policy brief des ZEW und der Universität Heidelberg, der auf einer empirischen Analyse des „Stromspar-Checks“ beruht, einer gemeinsamen Initiative vom Deutschen Caritasverband und dem Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen.

Anhand der Analyse von 37.000 Haushaltsentscheidungen im „Stromspar-Check“ wird deutlich, ob und wie konkret solche Förderprogramme zu einer höheren Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten beitragen. Ein zentrales Element dabei ist der Kühlgerätetausch – nicht unwichtig für die Haushalte, da Kühlschränke und Gefriergeräte rund ein Viertel des Stromverbrauchs in deutschen Haushalten ausmachen.

Alte Geräte entwickeln sich für einkommensschwache Haushalte zur Kostenfalle

Der Umstieg auf ein effizientes Kühlgerät lohnt sich, da einkommensschwache Haushalte über überdurchschnittlich alte Geräte verfügen. Im Mittel verbrauchen diese mit 494 kWh mehr als dreimal so viel Strom wie ein eingetauschtes Neugerät mit

152 kWh. Können einkommensschwache Haushalte jedoch das Geld für einen Gerätetausch aufbringen, amortisiert sich dieser in den meisten Fällen bereits nach drei Jahren. Bei einem durchschnittlichen Strompreis von 28,8 ct/kWh und einer durchschnittlichen Verringerung des Stromverbrauchs um 342 kWh spart ein Haushalt durch den Austausch rund 98 Euro pro Jahr.

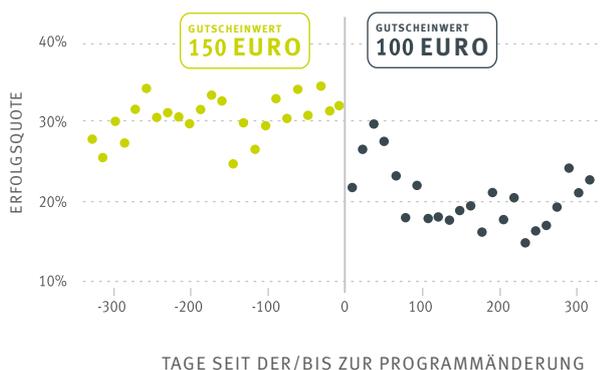
An diesem Punkt setzt der „Stromspar-Check“ an. Im Anschluss an eine Energieberatung erhalten förderberechtigte Haushalte mit besonders ineffizienten Altgeräten einen Gutschein, den sie nach Kauf eines Neugeräts finanziell geltend machen können. Somit können die Haushalte im Schnitt 35 Prozent des Kaufpreises durch den Gutschein des bundesweiten Programms abdecken, durch einzelne Zusatzprogramme von Ländern und Kommunen kann sich dieser Anteil auf bis zu 45 Prozent erhöhen. Das Programm zeigt Wirkung: Zwischen 2014 und 2020 wurden schon 19.300 ineffiziente Kühlgeräte einkommensschwacher Haushalten ausgetauscht.

Dass sich sowohl Änderungen in den finanziellen Anreizen als auch in verhaltensbezogenen Aspekten auf die Erfolgsquote des Förderprogramms auswirken, zeigt die empirische Analyse. Die Verringerung des Gutscheinwerts von 150 EUR auf 100 EUR senkt den Anteil der erfolgreich eingetauschten Kühlgeräte um 9 bis 16 Prozentpunkte, je nach zeitlichem Abstand zu der Programmänderung. Gleichzeitig erhöht eine strengere Regelung zur Einlösung des Gutscheins innerhalb von zwei Monaten die Erfolgsquote um 4 bis 10 Prozentpunkte gegenüber einer Programmvariante ohne Gutscheinbefristung. Programme können durch verhaltensbezogene Ausgestaltung ihren Erfolg messbar steigern, ohne dabei Mehrkosten zu verursachen.

Download des ZEW policy briefs: www.zew.de/PU83281

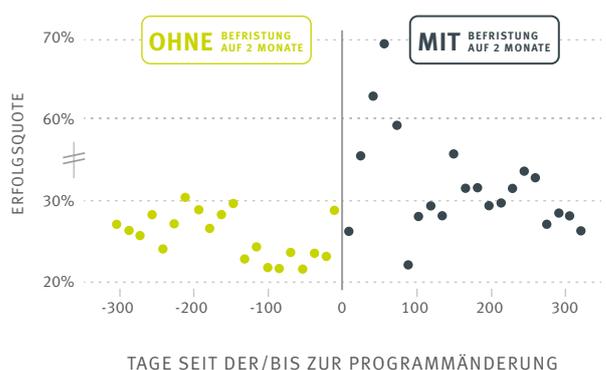
Prof. Dr. Martin Kesternich, martin.kesternich@zew.de
Bettina Chlond, bettina.chlond@zew.de

EFFEKT DER GUTSCHEINBEFRISTUNG AUF ERFOLGSQUOTE



Quelle: ZEW

EFFEKT DER GUTSCHEINBEFRISTUNG AUF ERFOLGSQUOTE



Quelle: ZEW



Schwerpunkt M&A REPORT

M&A-Aktivitäten in Deutschland starten eher verhalten ins Jahr 2022

Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index, der seit 2005 abgeschlossene Fusionen und Übernahmen (Mergers and Acquisitions, M&A) von und mit deutschen Unternehmen erfasst, verzeichnete 2022 den schwächsten Jahresauftakt seit seiner Einführung. Im Januar erreichen M&A-Aktivitäten normalerweise ihren Höchststand. In diesem Jahr steht der Index zu Beginn des Jahres bei nur 87 Punkten, während in den letzten 16 Jahren der Durchschnittswert für Januar bei 131 Punkten lag. Die vergangenen drei Jahre waren für deutsche Unternehmen sehr turbulent, und der Beginn dieses Jahres lässt keine Besserung erwarten.

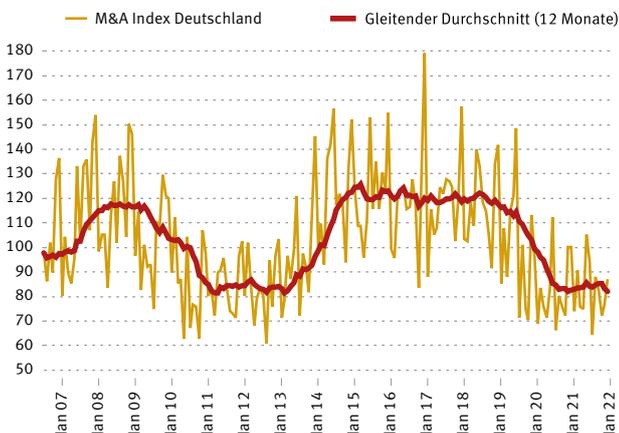
Die Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Geschäftslage sind groß. Die Bundestagswahl hätte eigentlich für mehr wirtschaftliche Klarheit sorgen sollen, doch der Aufmarsch russischer Truppen an der ukrainischen Grenze seit November und der Krieg haben in der Wirtschaft zu mehr Unsicherheit und Zurückhaltung bei kostspieligen Übernahmen geführt. Nimmt man die Entwicklung des Indexes in der Vergangenheit als Basis für

Prognosen für die Zukunft, so wird es noch einige Zeit dauern, bis ein positiver Anstieg bei Fusionen und Übernahmen unter Beteiligung deutscher Unternehmen zu sehen ist.

Eine der bedeutendsten Übernahmen der letzten sechs Monate mit deutscher Beteiligung war die Übernahme des deutschen Automobilzulieferers Hella durch den französischen Automobilzulieferer Faurecia. Faurecia schloss die Transaktion am 31. Januar ab und übernahm Hella für vier Milliarden Euro. Das aus der Fusion entstandene Unternehmen Forvia ist der viertgrößte Automobilzulieferer in Europa und der siebtgrößte weltweit. Ein weiterer aufsehenerregender Deal war die Übernahme von Allnex – einem deutschen Hersteller von Industriefarben und Beschichtungsmaterialien – durch PPT Global Chemical, einer Petrochemie-Firma mit Sitz in Thailand, für ebenfalls vier Milliarden Euro. Die Übernahme wurde am 30. Dezember abgeschlossen. Beide Übernahmen wurden im Sommer 2021 angekündigt.

Ilona Tsanko, Ilona.tsanko@zew.de

ZEW-ZEPHYR M&A-INDEX DEUTSCHLAND



Quelle: ZEW

Der **ZEW-ZEPHYR M&A-INDEX DEUTSCHLAND** berechnet sich aus der Anzahl der in Deutschland monatlich abgeschlossenen M&A-Transaktionen. In diesem Index werden ausschließlich Fusionen und Übernahmen von und mit deutschen Unternehmen berücksichtigt. Eine Differenzierung nach dem Ursprungsland des Käufers oder Partners findet nicht statt. Das bedeutet, dass sowohl inländische als auch ausländische Käuferunternehmen berücksichtigt werden, während die Zielunternehmen in Deutschland tätig sind.

Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland wird vom ZEW und von Bureau van Dijk auf Basis der Zephyr-Datenbank erstellt.

Zephyr liefert tagesaktuelle Detailinformationen zu 1,9 Millionen M&A, IPO und Private-Equity-Transaktionen sowie Gerüchten weltweit.





Sind Fusionen und Übernahmen in den letzten zehn Jahren grüner geworden?

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und darüber hinaus. In den letzten zehn Jahren ist das Bewusstsein der Menschen für die Folgen des Klimawandels gestiegen, und Bewegungen wie „Fridays for Future“ sind entstanden. Auch in der Politik stehen Klimathemen inzwischen weit oben auf der Agenda, und grüne Parteien erfahren einen verstärkten Zulauf. So sind Bündnis 90/Die Grünen Koalitionspartei in der aktuellen Bundesregierung, nachdem sie bei der Bundestagswahl im vergangenen Herbst die drittmeisten Stimmen holten. Auch in der Wirtschaft ist ein Trend hin zu umweltfreundlicheren Technologien erkennbar. Doch wie sieht es bei Fusionen und Übernahmen aus?

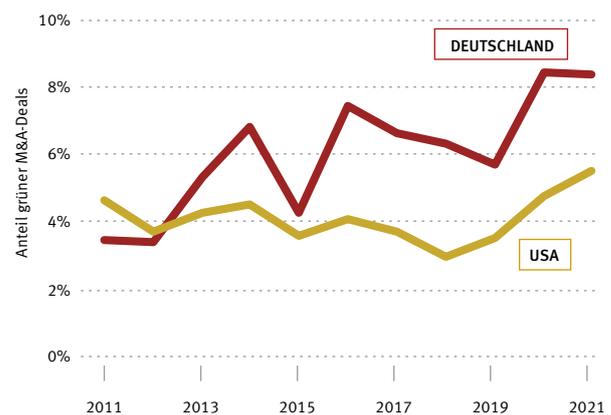
Um diese Frage zu beantworten, lohnt es sich, die Gründe zu beleuchten, die die an einer Fusion oder Übernahme beteiligten Unternehmen für ihre Transaktionen angeben. Aus ihnen lässt sich ablesen, warum eine Übernahme für sie selbst und die Gesellschaft von Vorteil ist.

Die Anzahl der Deals, in deren Zusammenhang „grüne“ Schlüsselwörter – etwa „Nachhaltigkeit“ oder „erneuerbare Energien“ – als Begründung für die Fusion oder Übernahme genannt werden, hat in den letzten zehn Jahren in Deutschland und den USA tatsächlich zugenommen. In Deutschland enthielten 2011 nur 3,5 Prozent der Begründungen für eine Fusion oder Übernahme mindestens ein grünes Schlüsselwort; bis 2021 hat sich dieser Anteil mit einem Anstieg auf 8,4 Prozent mehr als verdoppelt. In den USA wuchs der Anteil grüner Fusionen und Übernahmen nicht ganz so stark. Zwischen 2011 und 2021 nahm

der Anteil von 4,6 auf 5,5 Prozent zu und war bis 2019 sogar rückläufig. In beiden Ländern war der Anstieg des Anteils grüner Fusionen und Übernahmen jedoch in den letzten zwei Jahren besonders groß. Zukünftige Forschung wird zeigen, ob dieser Trend von Unternehmen ausgeht, denen es tatsächlich um Nachhaltigkeit geht, oder ob es sich um Greenwashing handelt, also den Versuch, sich als umweltbewusst zu präsentieren, um das Unternehmensimage zu verbessern.

Alexander Kann, alexander.kann@zew.de

ANTEIL „GRÜNER“ FUSIONEN UND ÜBERNAHMEN



Quelle: ZEW

Übernahmen im Versorgungssektor – ist eine Trendwende in Aussicht?

Bereits vor Beginn der Covid-19-Pandemie hat das Transaktionsvolumen in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung innerhalb der Europäischen Union deutlich abgenommen. Dieser Trend hat sich insbesondere auch in den Jahren 2020 und 2021 fortgesetzt. Die Anzahl der Übernahmen von Unternehmen aus dem Versorgungssektor lag in diesen beiden Jahren auf dem niedrigsten Stand der letzten zehn Jahre.

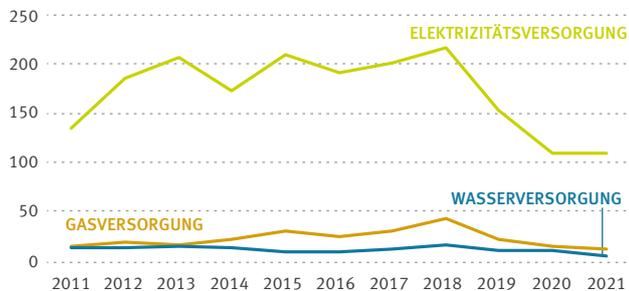
Wie schon in den Jahren zuvor, ist auch weiterhin die größte Anzahl an Übernahmen in der Elektrizitätsversorgung zu beobachten. Gleichzeitig war in diesem Bereich auch der mit der Covid-19-Pandemie einhergehende Geschäftseinbruch am größten. Die Anzahl der Übernahmen in der Gasversorgung folgt im

Allgemeinen einer mit dem Elektrizitätssektor vergleichbaren Entwicklung. Auch hier ist seit einem Hoch in der Anzahl der Transaktionen im Jahr 2018 ein deutlicher Rückgang in den darauffolgenden Jahren zu beobachten. Leicht abweichend gestaltet sich dahingegen die Entwicklung der Übernahmen in der Wasserversorgung. Im Verlauf der Jahre 2011 bis 2021 hält sie sich auf einem relativ niedrigen, aber konstanten Niveau.

Erste Anzeichen für eine Umkehr dieses Negativtrends in der Anzahl der Unternehmensübernahmen im Versorgungsbereich sind jedoch bei einem Blick auf die Entwicklung in Industrien sichtbar, die dem Sektor nahestehen. So ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser insbesondere auch eine infrastrukt-



ANZAHL UNTERNEHMENSÜBERNAHMEN IM VERSORGUNGSSEKTOR



Anzahl der Unternehmensübernahmen in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung in den Jahren 2011 bis 2021. Betrachtet wird die Anzahl erworbener Unternehmen innerhalb der Europäischen Union, eingeteilt nach der Unternehmestätigkeit. Einige Unternehmen sind in mehreren Versorgungsbereichen tätig. Insgesamt werden 2.281 Übernahmen betrachtet. Quelle: ZEW

turintensive Tätigkeit, an der beispielsweise auch Ingenieurbüros oder Baufirmen beteiligt sind.

Betrachtet man die Entwicklung der Anzahl der Unternehmensübernahmen bei den Ingenieur- und Planungsbüros, die dem Versorgungs- und Energiesektor nahestehen, des Leitungstiefbaus und der weiteren versorgungsnahen Leistungen, zeigt sich im Jahr 2021 erstmals wieder ein deutlicher Anstieg. In den Jahren zuvor war die Entwicklung in diesen Sektoren im Wesentlichen den allgemein im Versorgungsbereich vorherrschenden Trends gefolgt. Inwiefern allerdings diese Rückkehr zu einem positiven Anstieg in der Übernahmeaktivität in den versorgungsnahen Wirtschaftsbereichen auch eine Trendwende für den Versorgungs- und Energiesektor allgemein darstellt, bleibt noch abzuwarten.

Moritz Lubczyk, moritz.lubczyk@zew.de

Eiserner Vorhang bei M&A-Aktivitäten zwischen Ost- und Westeuropa

Seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 30 Jahren bemühen sich die osteuropäischen Länder um eine Annäherung an die westlichen Volkswirtschaften. Obwohl sie Fortschritte erzielt haben und einige osteuropäische Länder inzwischen Mitglieder der Europäischen Union (EU) sind, liegen sie immer noch zurück, auch mit Blick auf Fusionen und Übernahmen. Unternehmen mit Sitz in Osteuropa erwerben fast ausschließlich osteuropäische Firmen.

Eine Analyse von 176.215 Fusionen und Übernahmen innerhalb Europas zwischen 2005 und 2021 zeigt, dass bei weniger als einem Prozent der Transaktionen mit westeuropäischem Zielunternehmen das übernehmende Unternehmen aus Osteuropa stammte. Dies könnte auf die wirtschaftliche Benachteiligung vieler Unternehmen in den ehemaligen kommunistischen Ländern zurückzuführen sein.

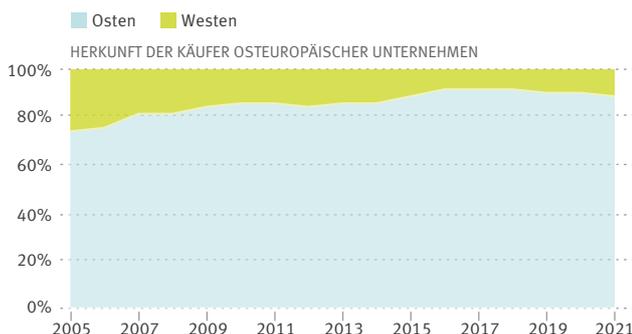
Bei osteuropäischen Zielunternehmen zeigt sich ein anderes Bild: Anfang der 2000er Jahre stammte das erwerbende Unter-

nehmen bei rund 25 Prozent der europäischen M&A-Deals, bei denen ein osteuropäisches Unternehmen übernommen wurde, aus Westeuropa. Bis 2010 war die Hoffnung groß, dass die osteuropäischen Länder sich wirtschaftlich und politisch in den Westen integrieren würden; bis 2007 traten elf osteuropäische Länder der EU bei. Doch seitdem ist der Anteil der innereuropäischen Deals mit westlichen Erwerbern auf elf Prozent im Jahr 2021 gesunken. Nach der Maidan-Revolution in der Ukraine 2014, dem Beginn des Donbas-Krieges und der Annexion der Krim durch Russland hat sich der Rückgang noch beschleunigt.

Dieser Trend ist wohl die Folge wachsender Unsicherheit über die geopolitische Entwicklung in der Region, vor allem im Hinblick auf die russischen Ambitionen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat viele Unternehmen überrascht, was noch weniger M&A zwischen West- und Osteuropa zur Folge haben könnte. Der Eiserner Vorhang war vielleicht doch nicht ganz gefallen.

Ilona Tsanko, ilona.tsanko@zew.de

M&A-AKTIVITÄTEN ZWISCHEN OST- UND WESTEUROPA 2000 – 2021



Quelle: ZEW

Wege zu einem klugen Gesundheitssystem

Die Bundesregierung verspricht eine Weiterentwicklung der Krankenhausplanung. Aber nicht nur die Planung braucht Reformen, sondern auch die Krankenhausvergütung sowie die Kooperation zwischen ambulantem und stationärem Sektor. Zudem steigt der Digitalisierungsgrad über alle Stationen der Behandlungspfade hinweg. Diese Veränderungen erfordern auch die intensivere Nutzung von Daten zur regelmäßigen Evaluation unter Berücksichtigung neuer empirischer Methoden.

Die Finanzierung der Krankenhäuser ist in Deutschland dual organisiert: Die Länder tragen die Investitionskosten, die Krankenkassen vergüten die laufenden Kosten. In der Praxis hakt diese Aufteilung allerdings an verschiedenen Stellen. So sind die Investitionsmittel seit langem gesunken. Weiterhin ist in diesem dualen Finanzierungssystem das Vorhalten von Leistungen für den Notfall nicht vorgesehen. Genau das aber verlangt die Gesellschaft vom Optionsgut Krankenhausversorgung.

Jedes Krankenhaus bekommt für jeden Fall die Vergütung, die den Durchschnittskosten im jeweiligen Bundesland entspricht. Daher lohnen sich Fälle nicht, die spezielles Equipment und Personal erfordern, wenn diese Fälle unterdurchschnittlich oft vorkommen. Ein Beispiel dafür sind Geburtsstationen: Ein Krankenhaus kann in München deutlich einfacher eine finanziell auskömmliche Zahl an werdenden Müttern einplanen als im 50 Kilometer entfernten Weilheim. Um in ländlichen Gegenden wohnortnahe Geburten zu ermöglichen, sollte die Vergütung hier Vorhaltekosten haben.

Neben der regionalen Unterversorgung gibt es auch deutliche Hinweise auf eine Überversorgung im stationären Sektor. Eine Kombination von Krankenhausplanung und Vergütungsvereinbarungen könnte sowohl Unter- als auch Überversorgung reduzieren. Insbesondere die neue Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen könnte entsprechend erweitert werden. In Zukunft wird dort zuerst auf regionaler Ebene der Bedarf an stationärer Behandlung in verschiedenen Leistungsgruppen empirisch ermittelt. Im zweiten Schritt verhandeln Leistungserbringer, Kassen und Verwaltung, welches Krankenhaus welchen Versorgungsbedarf abdeckt. Durch die Differenzierung nach Leistungsgruppen können Vorhaltekosten einfach in den Plan integriert werden. So könnten Krankenhäuser dafür vergütet werden, dass sie Leistungen anbieten, deren Vorhaltekosten bei der regionalen Nachfrage nicht durch die erwarteten Fallpauschalen-Einnahmen gedeckt werden können.

Ob solche Vorhalteprämien im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung dann als „Investitionskosten“ von den Bundesländern oder als „laufende Kosten“ durch die Krankenversi-

cherungen finanziert werden, ist eine politische Entscheidung. Mit ökonomischen Methoden aus dem Marktdesign können hier Mechanismen implementiert werden, die die gewünschte Versorgung und die dafür nötige Vorhaltevergütung auf regionaler Ebene für alle Beteiligten transparent festlegen.

Mit ergebnisorientierter Vergütung zur integrierten Versorgung

Zukünftige Krankenhausplanung muss natürlich auch vor dem Hintergrund eines bis jetzt noch nicht ausgeschöpften „Ambulantisierungspotenzials“ stattfinden. Als Hindernis für eine Versorgung, die niedergelassene Praxen und Krankenhäuser integriert, wird oft die für beide Bereiche getrennt organisierte Vergütung vorgebracht. In unserem Gesundheitssystem wird sowohl stationär als auch ambulant die allermeiste Vergütung für einzelne Tätigkeiten gewährt.

Ein gutes Behandlungsergebnis sollte auch im Vergütungssystem honoriert werden. Wenn das beste Behandlungsergebnis durch eine enge Kooperation zwischen ambulantem und stationärem Sektor entsteht, dann setzt ein solches ergebnisorientiertes Vergütungssystem genau die richtigen Anreize für eine solche Kooperation. Noch scheitert eine ergebnisorientierte Vergütung allerdings an der Messbarkeit von Behandlungserfolgen. Die immer bessere Verfügbarkeit von sogenannten Real-World-Daten, etwa durch die Abfrage von Patientenangaben auf dem Smartphone, aber auch Routinedaten der Krankenversicherungen eröffnen hier indes stetig mehr Möglichkeiten.

Auch bei Arzneimitteln und Medizinprodukten sollte die Wirksamkeit regelmäßig überprüft werden, um gefährliche Nebenwirkungen zu entdecken, aber auch um gegebenenfalls Preise anzupassen. Die immer noch weit verbreiteten Anwendungsbeobachtungen sind in ihrer jetzigen Form wissenschaftlich meist unbrauchbar. Es könnten allerdings Real-World-Daten von unabhängigen Evaluatoren/-innen genutzt werden, um regelmäßig Kosten-Nutzen-Analysen durchzuführen. Dass eine Randomisierung der Teilnehmenden hier oft nicht möglich ist, stellt nicht unbedingt eine Hemmnis dar. Moderne Methoden der Kausalanalyse erlauben es, potenzielle Verzerrungen zu berücksichtigen, wenn zumindest bei der Zulassung randomisierte Studien durchgeführt wurden und deren Daten verfügbar sind. Einzig der Zugang zu Routinedaten der Krankenkassen muss an dieser Stelle noch besser werden.

Dieser Beitrag ist in längerer Fassung am 8.3.2022 beim Online-Magazin „Makronom“ erschienen.

Dr. Simon Reif, simon.reif@zew.de

Nachgefragt: Wie groß ist die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern wirklich?

„Wir brauchen eine Förderung entlang des gesamten Erwerbslebens“

In Deutschland verdienen Frauen derzeit durchschnittlich 18 Prozent weniger als Männer. ZEW-Ökonomin Prof. Dr. Melanie Arntz erklärt im Interview, warum es gar nicht so leicht ist, die Gründe für die Lohnlücke auseinanderzuhalten und wo wir ansetzen könnte, um für eine geschlechtergerechte Bezahlung in einer digitalisierten Arbeitswelt zu sorgen.

Der Gender Pay Gap zeigt die schlechtere Bezahlung von Frauen. Doch so manche Diskussion scheitert an der falschen Interpretation des Indikators. Wie aussagekräftig ist die Lohnlücke eigentlich?

Ein Teil der Lohnlücke von aktuell 18 Prozent geht darauf zurück, dass Männer und Frauen einfach nicht dieselben Tätigkeiten ausüben und in verschiedenen Berufen tätig sind. Aber interessanterweise ist es so, dass selbst innerhalb eines Berufes eine erhebliche Lohnlücke besteht.

Zum einen liegt das daran, dass Männer und Frauen unterschiedliche Erwerbskarrieren vollziehen. Frauen haben häufiger Erwerbsunterbrechungen, arbeiten in Teilzeit und können seltener Überstunden machen, weil sie andere Verpflichtungen haben: Sie übernehmen mehr der unbezahlten Arbeit, betreuen häufiger ihre Kinder und kümmern sich um ältere und pflegebedürftige Menschen. All das führt dazu, dass Frauen einen gewissen Nachteil haben, wenn es um Beförderungen geht und darum, die Karriere voranzubringen. Eine weitere Ursache der Lohnlücke ist aber auch, dass sich Frauen im Vergleich zu Männern innerhalb eines Berufs in tendenziell schlechter entlohnende Firmen selektieren.

Außerdem muss man bei der Interpretation der Lohnlücke berücksichtigen, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen dem Gender Pay Gap und der Frauenerwerbsquote gibt. Je weniger Frauen sich am Arbeitsmarkt beteiligen, desto mehr

sind es die sehr gut ausgebildeten Frauen, die bei der Berechnung der Lücke ins Gewicht fallen und die Lohnlücke verkleinern. Darum sind insbesondere internationale Vergleiche schwierig.

Welche Rolle spielt die Digitalisierung für die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern?

Grundsätzlich bekommen wir mit der Digitalisierung ein verändertes Lohngefüge. Die Digitalisierung führt in der Tendenz dazu, dass bestimmte höhere Qualifikationen und bestimmte digitale Fähigkeiten höher entlohnt werden. In dem Maße, in dem Frauen in Berufen, die von der Digitalisierung profitieren, unterrepräsentiert sind – gerade naturwissenschaftliche und IT-Berufe –, haben sie weniger Zugang zu diesen besseren Löhnen. Das heißt, wenn sich an der Verteilung von Männern und Frauen in den Berufen nicht viel verändert, könnte es gut sein, dass die Digitalisierung zu einer wachsenden Lohnlücke beiträgt.

Hinzu kommt, dass die digitalen Fähigkeiten bei Frauen momentan leider weniger ausgeprägt sind als bei Männern. Vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Arbeitswelt wird das wichtiger, um weiterhin die Chancengleichheit zu wahren. Wir brauchen daher eine Förderung entlang des gesamten Lebensverlaufs, um Frauen in diese Berufsfelder zu integrieren und Chancen zu eröffnen.

Wie schließen wir den Digital Gender Gap?

Man kann beobachten, dass Mädchen sich schon in der Schule weniger in MINT-Fächer selektieren. Insofern würde das dafür sprechen, dass wir nochmal mehr darauf hindrängen müssen, dass Frauen dieselben IT-Fähigkeiten mitbringen, um sich in der sich ändernden Arbeitswelt behaupten zu können. Die Anforderungen bestehen aber nicht nur aus IT-Fähigkeiten, sondern letztlich immer aus einer Kombination aus IT-Fähigkeiten, anderen fachlichen Fähigkeiten und nicht-kognitiven Fähigkeiten. Gerade letztere werden in der neuen Arbeitswelt besonders honoriert. Wenn Frauen genügend digitale Fähigkeiten mitbringen, um in diese Berufe Zugang zu bekommen, können sie sogar besonders davon profitieren, weil sie im Grunde genommen gute komplementäre Fähigkeiten mitbringen.

Was rätst du einer jungen Frau, die am Beginn ihrer Karriere steht?

Ich würde ihr sagen, dass sie ihre Erwerbsentscheidungen nicht allzu sehr danach treffen sollte, was gut vereinbar mit der Familie ist. Das heißt nicht, dass es kein legitimer Wunsch ist, später einmal Familie und Beruf vereinbaren zu wollen. Aber ich glaube, wir Frauen müssen darum ein Stück weit kämpfen, beides zu tun. Das heißt natürlich auch, im Privaten nach Möglichkeiten zu suchen, mit den Partnern zusammen die Aufgaben aufzuteilen. Gerade deshalb, weil wir wissen, dass man eine Karriere schlecht nachholen kann.

➔ Mehr zum Thema unter: www.zew.de/AM8112



Melanie Arntz

ist stellvertretende Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“ und Professorin für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Arbeitsmarktökonomie an der Universität Heidelberg. Ihre Forschung beschäftigt sich mit der Frage, wie sich verändernde Rahmenbedingungen, etwa in Form der zunehmenden Digitalisierung und der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung, auf regionale Arbeitsmärkte sowie die Beschäftigung und Löhne individueller Akteure auswirken.

melanie.arntz@zew.de

Foto: ZEW

Krieg in der Ukraine und Corona-Pandemie: Wie bleibt Deutschland handlungsfähig?

Die Welt befindet sich in einem Krisenkontinuum, und Deutschland schaut zu. So in etwa kommt es Moritz Schularick, Wirtschaftsprofessor an der Universität Bonn, vor, wenn er das staatliche Handeln der vergangenen Jahre betrachtet. In seinem Buch „Der entzauberte Staat – Was Deutschland aus der Pandemie lernen muss“ plädiert er für eine stärkere „Can-do-Haltung“ statt der deutschen „Geht-nicht-Mentalität“. Die Lehren ließen sich auch auf deutsches Handeln im Ukraine-Krieg anwenden.

Beim #ZEWBookTalk am 22. März 2022 diskutierten ZEW-Präsident Professor Achim Wambach und Moritz Schularick aber nicht nur über Leistungen und Versäumnisse des Staates im Krisenmodus. Beide Ökonomen nahmen auch ihr am selben Tag im Handelsblatt veröffentlichtes Streitgespräch über das Für und Wider eines Energieembargos gegen Russland noch einmal auf. Darin geht es um die aktuell hoch strittige Frage, ob Deutschland und Europa einen kompletten Lieferstopp von Gas, Öl und Kohle aus Russland aushalten können und sollten, um den Krieg in der Ukraine zu beenden.

Zwar sind sich beide Wissenschaftler darin einig, dass ein unweigerlich auf das Embargo folgender Wirtschaftseinbruch nicht gleich zu einer Deindustrialisierung führt. Wambach bezweifelt jedoch, ob makroökonomische Instrumente auf der Mikro-Ebene helfen. „Aus der Corona-Krise haben wir gelernt, dass das nicht immer gut funktioniert. Trotz großer Hilfsprogramme haben sich etwa viele Künstler über mangelnde Unterstützung beklagt“, sagte Wambach. Schularick hingegen hält die Folgen für hand-

habbar: „Die Verwerfungen eines Embargos sind einfacher zu managen als die in der Pandemie. Ein Abschneiden vom russischen Gas trifft vor allem die Industrie, und dort können negative Effekte durch Maßnahmen wie beispielsweise das Kurzarbeitergeld abgefedert werden.“

Entscheidend für mehr Druck auf russische Energieeinnahmen sei aber ohnehin ein Öl-Embargo. Am Öl verdiene das System Putin am meisten und sei deshalb hier am verletzlichsten. „Bei Öl sehe ich keinen Grund gegen ein Embargo“, sagte Schularick. Er plädiert für ein zweistufiges Vorgehen, bei dem die aus einem Embargo folgenden gesamtwirtschaftlichen Kosten zunächst akzeptiert und in einem zweiten, politisch entschiedenen Schritt verteilt werden. Demgegenüber gibt Wambach zu bedenken, dass auch zu berücksichtigen sein wird, wie Putin darauf reagieren wird. Bei einem Teilembargo könne er etwa die Preise auf die verbleibende Menge anheben.

Schularicks Buchtitel „Der entzauberte Staat“, basiert auf Max Webers Idee der Entzauberung in der Moderne. Wer wisse, wie etwas funktioniere, setze handfestes Wissen vor unsichtbare Magie. In einer komplexer werdenden Welt erfordere eine kompetente Steuerungsfähigkeit des Staates fundierte wissenschaftliche Beratung und mehr Risikobereitschaft. Dann könne die gesellschaftliche Transformation nicht nur gelingen, Deutschland könne sich durch eine kluge staatliche Steuerung sogar Wettbewerbsvorteile für die Zukunft verschaffen.

Mehr zum Streitgespräch auf S.12

EFI-Jahresgutachten 2022 veröffentlicht

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) hat im März ihr Jahresgutachten an Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger übergeben. Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“, ist Mitglied der EFI. Ein Thema des Gutachtens ist die Digitalisierung des Gesundheitswesens, bei dem die Expertenkommission Rückstände aufzeigt und rasches Handeln anmahnt. Denn im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens hinter anderen europäischen Ländern zurück. Gerade die Corona-Krise hat die massiven Defizite des deutschen Gesundheitssystems aufgezeigt.

Mit der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind große Innovations- und Wertschöpfungspotenziale verbunden. Wie die EFI-Analyse zeigt, können digitale Technologien die Qualität der Gesundheitsversorgung verbessern. Zudem eröffnet die zunehmende Verfügbarkeit von Gesundheitsdaten in Verbindung mit modernen digitalen Analyseverfahren weitreichende Möglichkeiten für eine stärker personalisierte Diagnostik und Therapie.

Die EFI empfiehlt, rasch eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln und umzusetzen und dabei alle relevanten Akteursgruppen des Gesundheitswesens einzubeziehen. Außerdem sollte

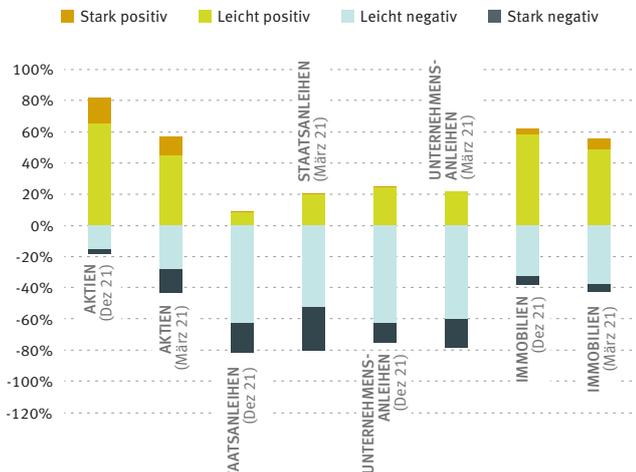
das im Koalitionsvertrag angekündigte Gesundheitsdatennutzungsgesetz vorangebracht und besser über Funktionsweise, Handhabung und Mehrwert von Telemedizin und digitalen Gesundheitsanwendungen informiert werden.



Foto: BMBF/Hans-Joachim Rickel

Die EFI übergibt ihr Jahresgutachten an Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger (zweite v.r.).

Finanzmarktexperten/-innen: Zahlreiche Entwicklungen belasten

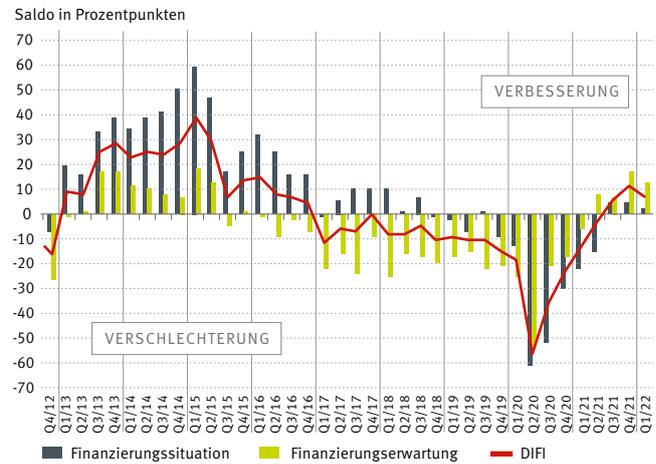


Quelle: ZEW

Obwohl die Kapitalmärkte aktuell durch mehrere Faktoren belastet sind, insbesondere durch den Krieg in der Ukraine, schätzen die ZEW-Finanzmarktexperten/-innen den Ausblick für Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen und Immobilien aus dem Eurogebiet insgesamt noch relativ ähnlich ein wie Ende 2021. Zu diesem Ergebnis kommt die Sonderfrage des ZEW-Finanzmarkttests März 2022. So beurteilen die Befragten die Rendite-Risiko-Profile von breit gestreuten Anlagen in Aktien und Immobilien aus dem Eurogebiet mit Blick auf die nächsten sechs Monate weiterhin mehrheitlich positiv, die von Staats- und Unternehmensanleihen mehrheitlich negativ. Staatsanleihen haben laut den Befragten im März 2022 im Vergleich zu Dezember 2021 insgesamt etwas an Attraktivität gewonnen, während Unternehmensanleihen, Immobilien und insbesondere Aktien insgesamt schlechter beurteilt werden.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de

Stimmung bei deutschen Immobilienfinanzierern wieder schlechter



Mittelwert aus Lage- und Erwartungseinschätzung für die fünf Immobilienmarktsegmente (Büro, Einzelhandel, Logistik, Wohnen, Hotel) Quelle: JLL und ZEW

Nachdem der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW und JLL sechs Quartale in Folge gestiegen war, ist der Stimmung Indikator im ersten Quartal 2022 zurückgegangen. Der Index sinkt im Vergleich zum Vorquartal um 3,5 Punkte auf 7,2 Punkte. Die befragten Marktakteure schätzen den Ausblick mit 12,8 Punkten nach wie vor positiver ein als die momentane Finanzierungssituation (1,6 Punkte). Dennoch fällt der Erwartungsindikator um 4,6 Punkte und damit stärker als der Situationsindikator (minus 2,4 Punkte). Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Befragung vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine durchgeführt wurde. Bei den einzelnen Assetklassen zeigt sich ein differenziertes Bild. So bewerten die Befragten die Finanzierungssituation für Logistik- und Wohnimmobilien deutlich schlechter als im Vorquartal. Kaum verändert hat sich dagegen ihre Wahrnehmung von Büroimmobilien.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de



ZEW-Konferenz zur Informationsökonomie

Das ZEW veranstaltet am 6. und 7. Juli 2021 die zwanzigste ZEW-Konferenz zum Thema „Economics of Information and Communication Technologies“. Ziel der englischsprachigen Konferenz ist es, aktuelle wissenschaftliche Arbeiten zur Ökonomie der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie des IKT-Sektors vorzustellen und zu diskutieren. Hauptredner/innen sind Alessandro Acquisti (Carnegie Mellon University, Pittsburgh) und Fiona M. Scott Morton (Yale School of Management, New Haven) aus den USA.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3722

Konferenz zum deutschen Arbeitsmarkt

Am 24. und 25. Juni 2022 findet die Konferenz „Der deutsche Arbeitsmarkt in einer globalisierten Welt“ am ZEW statt. Der Schwerpunkt liegt auf Technologie, Handel und demografischen Veränderungen sowie deren Wechselwirkungen mit Beschäftigung, Löhnen und der Beteiligung am Arbeitsmarkt, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von Institutionen und der Arbeitsmärkte während der COVID-19-Krise. Hauptredner/innen sind unter anderem Eve Caroli (Universität Paris Dauphine) und Christian Dustmann (University College London).

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3800

Deutschland diskutiert über ein Embargo für russische Energie. Eine gute Idee?



Foto: ZEW

Moritz Schularick: Wir sollten einen sofortigen Lieferstopp für russisches Gas, Öl und Kohle verhängen. Eine solche Maßnahme würde die deutsche Wirtschaftsleistung um drei Prozent in diesem Jahr geringer ausfallen lassen, es entstünde ein Schaden von rund 120 Milliarden Euro. Das mag nach viel klingen, aber wir

könnten das problemlos auffangen. Der Weltuntergang bleibt aus.

Achim Wambach: Eure Studie ist gut, sie bildet aber nicht die ganze Wahrheit ab. In der detaillierteren Version ist sogar von einem geringeren Wirtschaftseinbruch von 0,3 Prozent die Rede. Ich habe den Eindruck, ihr seid ob des geringen Wertes nervös geworden und habt mal lieber eine zweite Berechnung mit einem einfacheren Modell gemacht. Aber auch diese vernachlässigt doch vieles.

WAS DENN?

Wambach: Eure Rechnung ist ohne Arbeitslosigkeit und ohne Inflation. Das Hauptproblem aber ist die Analyse der Substituierbarkeit von Gas. Wenn wir keines mehr aus Russland haben wollen, brauchen wir Ersatz. Den gibt es aber nicht so einfach. Die Studie tut aber so, als könnten wir das Gas leicht ersetzen.

Schularick: Nein, das tut sie nicht. Nur scheint die Politik die Möglichkeiten, uns von russischem Gas unabhängig zu machen, vollkommen zu unterschätzen. Das ist ein Denkfehler. Die ökonomischen Erkenntnisse der Vergangenheit zeigen uns, dass in solchen Krisen die Suche nach Ersatz viel leichter fällt.

KOMMT DIE ÖKONOMISCHE POLITIKBERATUNG BEI EINER FRAGE WIE EINEM ENERGIEEMBARGO AN IHRE GRENZEN?

Wambach: Ökonomen/-innen müssen auf die ökonomischen Effekte einer solch drastischen Maßnahme natürlich hinweisen. Wenn man aber eine sinnvolle Einschätzung der kurzfristigen Ersatzmöglichkeiten bei Energie haben will, ist es gut, auch die Experten und Betroffenen zu hören. Ich rate allen Ökonomen/-innen dazu, gerade in solchen Zeiten sich den Grenzen ihrer Analyse bewusst zu sein.

Schularick: Niemand sagt, hier kommen ein paar Ökonomen/-innen mit einem fancy Modell, und damit sind alle weltpolitischen Fragen geklärt. Aber nach allem, was wir wissen, sind die ökonomischen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft nicht im Bereich der Weltuntergangs-Panikmache, die man von manchen interessierten Verbänden hört.

AM ENDE IST EIN ENERGIEEMBARGO EINE ABWÄGUNGSFRAGE, FÜR WEN DER SCHADEN GRÖßER IST: FÜR UNS ODER FÜR PUTIN.

Schularick: Ein Drittel des russischen Haushalts besteht aus Einnahmen durch die Mineralölsteuer. Wenn diese Einnahmen wegfallen, hat Russland ein großes finanzielles Problem.

Wambach: Da gehst du davon aus, Gazprom würde bei einem westlichen Embargo nichts an seinen Verträgen ändern. Wenn ich einem Lieferanten, von dem ich abhängig bin, sage, ich kaufe jetzt ein Drittel weniger Ware bei dir, dann kann es gut passieren, dass er den Preis um ein Drittel erhöht.

Schularick: Deswegen braucht es ja ein komplettes Embargo.

Wambach: Aber dabei vernachlässigst du doch, ob das strategisch überhaupt klug ist: Ich hätte diese Sanktion vor Ausbruch des Kriegs verstanden, um den Krieg zu verhindern, jetzt aber fällt es mir schwerer. Die Bundesregierung betont von morgens bis abends, sich von russischer Energie unabhängiger zu machen. Die EU will russische Gasimporte innerhalb eines Jahres um zwei Drittel reduzieren. Wenn Putin also weiß, dass er in einem halben Jahr keine Energie mehr an uns verkaufen kann – egal wie er sich verhält –, warum sollte er sein Verhalten ändern, wenn es ihm jetzt schon nicht mehr möglich ist?

Schularick: Die Frage ist doch: Können wir Putin zu der Einsicht zu bewegen, dass er sich geirrt hat? Nach den Bildern, die wir sehen, kann das wohl kaum einer glauben. Der Schaden für die deutsche Wirtschaft wird umso größer, je später wir uns zu einem Embargo durchringen. Jetzt ein halbes Jahr zu warten, lässt die Rechnung explodieren. Wenn wir im Herbst dastehen und nichts getan haben, sind wir wirklich auf Putins Gas angewiesen.

Das vollständige Interview mit dem Bonner Ökonomen Prof. Dr. Moritz Schularick und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD ist am 22.3.2022 im „Handelsblatt“ erschienen.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Ruprecht Hammerschmidt · Telefon +49 621 1235-132 · ruprecht.hammerschmidt@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2022